

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2013

Deutsch-französische Kooperation im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bestandsaufnahme und Wege aus der Blockade

von Isabelle Haß und Pierre Ribeill

Am 31. Oktober 2013 gab die französische Regierung die Auflösung des im deutschen Donaueschingen stationierten und zur Deutsch-Französischen Brigade (DF-Brig.) gehörenden 110. Infanterieregiments bekanntⁱ. Hintergrund seien geplante Einsparungen im Verteidigungshaushalt. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière äußerte sich zwar enttäuscht, sah die Zukunft der DFB selbst aber nicht gefährdetⁱⁱ. Auch der französische Verteidigungsminister, Jean Yves Le Drian, betonte, dass die DF-Brig., „ein wesentliches Instrument der Zusammenarbeit“, nicht infrage gestellt werde. Sie müsse aber „optimiert“ und den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Gemeinsam mit Berlin wolle man über Wege und Möglichkeiten beraten, die Wirksamkeit und Einsatzperspektive der Brigade zum Nutzen der europäischen Verteidigung zu stärkenⁱⁱⁱ. Tatsächlich stieß die Brigade aufgrund ihrer begrenzten Einsatzfähigkeit immer wieder auf Argwohn. Ihre Kritiker betrachten die DF-Brig. „als kostspielige Paradeeinheit, die einmal im Jahr auf den Champs-Élysées defilieren, aber ansonsten höchstens für die Katastrophenhilfe ausrücken könne“^{iv}.

Dass es Deutschland und Frankreich fraglos gelungen ist, trotz ungleicher außenpolitischer Interessen, sicherheitspolitischer Herangehensweisen und verteidigungspolitischen Konzeptionen, in der Vergangenheit „ein einzigartiges Netz militärischer Kooperationsbeziehungen“^v zu begründen, ist gleichwohl unbestritten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es in den vergangenen zehn Jahren – seit der Indienstellung des Deutsch-Französischen Heeresfliegerausbildungszentrums TIGER im Jahr 2003^{vi} – nur wenige bedeutende Erfolgsprojekte gegeben hat. Faktisch arbeitet Frankreich in sicherheits-, verteidigungs- sowie rüstungspolitischen Fragen aber immer enger mit Großbritannien zusammen, denn beide Länder verfolgen ein gemeinsames Ziel, zu dem sich keiner der anderen EU-Partner so recht bekennen möchte: die autonome Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte.^{vii}

Für die deutsche Bundesregierung gilt hingegen ein gezieltes Pooling und Sharing von militärischen Fähigkeiten als durchaus geeignetes Mittel zur Abfederung militärischer Defizite. Allerdings stellen die in diese Richtung ergriffenen Initiativen Berlins zunächst auf die Bereiche Ausbildung, Logistik und Kommandostrukturen ab^{viii}; Großbritannien und Frankreich sehen hier hingegen keine Priorität – sie wenden sich von solchen multilateralen Lösungsansätzen ab und setzen wieder verstärkt auf bilaterale Abkommen.

Diese Entwicklung bedeutet durchaus eine Gefahr für den gemeinsamen und kohärenten sicherheits- und verteidigungspolitischen Ansatz innerhalb der EU; die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), so besorgte Beobachter, könnte mittelfristig grundsätzlich infrage gestellt werden. Als wichtigster europäischer und sicherheitspolitischer Partner Großbritanniens und Frankreichs muss Deutschland deshalb auf beide Länder einwirken, damit

diese auch zukünftig am Aufbau und an der Entwicklung der GSVP mitwirken.^{ix} Dies setzt jedoch zunächst voraus, dass der deutsch-französische Motor wieder in Gang gesetzt wird. Denn in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegen die Positionen Deutschlands und Frankreichs häufig so weit auseinander, dass Kompromisse, die beide Länder bilateral erzielen können, zumeist auch für alle anderen Mitglieder der EU konsensfähig sein dürften.^x

Für eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Damit der deutsch-französische Motor in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder funktionstüchtig wird, gehören zunächst die etablierten Organisationsstrukturen und Kommunikationskanäle auf den Prüfstand. Die deutsch-französischen Fachgremien scheinen in einem „Dornröschenschlaf“^{xi} zu sein. So hat sich beispielsweise der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat weder mit dem russisch-georgischen Konflikt noch mit dem Libyen-Einsatz im Jahr 2011 auseinandergesetzt^{xii}. Institutionelle Vertiefung darf kein (symbolischer) Selbstzweck sein, sondern sollte vor allem zur Stärkung der militärischen Handlungsfähigkeit erfolgen. In diesem Sinne müssen Deutschland und Frankreich im Rahmen des 2011 lancierten neuen Strategischen Dialogs eine gemeinsame Verständigung über die strategischen Ambitionen der EU herbeiführen.

So sollte etwa die Bundeswehrreform in Deutschland nicht nur strukturell und prozedural erfolgen, sondern Hand in Hand gehen mit einer eingehenden Überprüfung der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.^{xiii} Denn: Seit der deutschen Enthaltung bei der Libyen-Abstimmung in UN-Sicherheitsrat gilt Deutschland international manchem Partner nur noch als bedingt zuverlässig; die Bundesrepublik steht in zunehmenden Maße im Abseits. Deutschland erscheint seinen Partnern „immer mehr als negative Macht, als bloße Veto- und Blockademacht“, die kein kohärentes und nachvollziehbares außenpolitisches Leitmotiv erkennen lässt.^{xiv}

In Frankreich ist dieser Schritt mit dem im Frühjahr 2013 vorgestellten *Livre blanc sur la défense et la sécurité nationale* bereits vollzogen worden. In die Kommission zur Erarbeitung des Weißbuchs waren zudem erstmals auch zwei Vertreter befreundeter Partnerländer berufen worden – ein Deutscher und ein Brite.^{xv} Auch dies ist ein Indiz dafür, dass eine verantwortungsvolle, an langfristigen Zielen orientierte Außenpolitik in Deutschland nicht mehr von der Bundesregierung allein entwickelt werden kann – genauso wenig wie in Frankreich. Die Debatte muss darüber hinausgehend geführt werden, denn letztlich bedarf es in dieser Frage eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Auch Deutschland sollte seine befreundeten europäischen Partner einladen, ihre Erfahrungen in einen solchen Entwicklungsprozess einzubringen.

Gleichwohl haben insbesondere junge Politikerinnen und Politiker oftmals nur geringes Interesse daran, sich mit Außenpolitik zu beschäftigen. Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist in Frankreich ‚domaine réservé‘ des Präsidenten, auch in Deutschland verfügt der Bundeskanzler über die Richtlinienkompetenz. Mitsprachemöglichkeiten sind in der Praxis eher begrenzt. Zudem ist Außenpolitik als Spezialisierung in der täglichen Wahlkreisarbeit, bei der meist lokale und nationale Themen zählen, schlechter vermittelbar. So droht zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode der personelle Wechsel. Mit Blick auf die Situation in Deutschland kurz vor der Bundestagswahl 2013 kommentierte die Wirtschaftswoche: „Der Bundestag insgesamt vollbringt das Kunststück, sich zum Ende dieser Wahlperiode des außenpolitischen Know-hows fast vollständig zu entledigen.“^{xvi}

Um Kontinuität gewährleisten zu können, müssen die Parteien außenpolitischen Nachwuchs fördern. Sie sollten aber auch überlegen, welche Anreize sie für Außenpolitiker schaffen können, damit diese bereit sind, auch in folgenden Legislaturperioden am ‚außen- und

sicherheitspolitischen Ball⁶ zu bleiben. Da in Frankreich erst 2012 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattgefunden haben und in Deutschland Ende September 2013 der Bundestag neu gewählt wurde, ist dieses Thema gegenwärtig von besonderer Relevanz. Eine verantwortungsvolle, an langfristigen Zielen orientierte Außenpolitik kann bei einem Machtwechsel nicht alle vier bzw. fünf Jahre zur Disposition gestellt werden. Da sie in Deutschland ohnehin meist das Ergebnis eines langwierigen konsensualen Prozesses zwischen den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien ist, müssen die konservativen und sozialdemokratischen Parteifamilien in Deutschland und Frankreich einen Umgang miteinander finden. Hierfür wäre ein veritabler deutsch-französischer, parteienübergreifender Dialog zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik denkbar.

Kooperation in der Schaffung militärischer Einsatzfähigkeit

Frankreich und Deutschland müssen sich jedoch nicht nur über die strategischen Ambitionen der EU verständigen; sie müssen auch ein gemeinsames Verständnis der heutigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Erfordernisse entwickeln und die notwendigen Fähigkeiten definieren.

Deutschland und Frankreich können zwar auf eine Reihe erfolgreicher Kooperationsprojekte zurück blicken (TIGER, A400M u.a.) und verfolgen aktuell rund 60 weitere Kooperationsprojekte. Wie beim Pooling und Sharing liegt aber auch der Fokus dieser Projekte vor allem auf den Bereichen Ausbildung, Logistik und Kommandostrukturen.^{xvii} Und auch bei den gemeinhin als erfolgreich bezeichneten Projekten liegt der Teufel mitunter im Detail. So ist etwa beim Waffenträger TIGER zwar die Grundplattform dieselbe, jedoch sind die geplanten Einsatzszenarien derart unterschiedlich, dass die Bewaffnungen und damit auch gemeinsame Einsätze mit deutschen und französischen TIGER aktuell kaum möglich sind.

Mit Großbritannien hingegen hat Frankreich sich auf die gemeinsame Entwicklung und Anschaffung von Kernfähigkeiten – Drohnen, Satellitenkommunikation, Flugzeugträger – geeinigt. Gleichzeitig droht den Mitgliedstaaten der EU insgesamt der substantielle Verlust militärischer Fähigkeiten, weil sie mit Beginn der europäischen Finanz- und Schuldenkrise ihre jeweiligen Beiträge zur Fähigkeitsarchitektur – ohne Absprache mit den Partnern und ohne Überlegungen, wie diese Fähigkeitsarchitektur langfristig aussehen soll – zunehmend verändern^{xviii}. Paradoxerweise werden die Mitgliedstaaten ihre Souveränität – sprich: die Fähigkeit zur Durchsetzung ihrer sicherheitspolitischen Interessen – nur dann langfristig bewahren können, wenn sie den politischen Willen aufbringen, Teile ihrer Souveränitätsrechte auf die Gemeinschaftsebene zu verlagern. Eine gemeinsame Verteidigungsplanung von Streitkräften in Europa kann nur funktionieren, wenn die Partner wissen, dass die für europäische Einsätze vorgesehenen Soldaten und Mittel im Krisenfall auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren jedoch wohlweislich in sicherheits- und verteidigungspolitischer Zurückhaltung geübt. Die Bundesrepublik hat sich auf den institutionellen Aufbau eines Europas der Verteidigung begrenzt ohne ihm eine praktische, handfeste Dimension geben zu wollen – zu groß sind die deutschen Restriktionen hinsichtlich der Gewaltanwendung und zu gering scheint die direkte Bedrohung, zumal seit Deutschland dank der EU-Osterweiterung nur noch „von Freunden umgeben“ ist. Deutschland befürchtet, aufgrund des geltenden Parlamentsvorbehalts zu einer Belastung für seine europäischen Partner zu werden. Daher lautet die Schlussfolgerung meist, dass für Einsätze im EU-Rahmen der Parlamentsvorbehalt abgeändert werden müsse^{xix}.

Diese politisch-kulturellen Unterschiede müssen aber nicht unbedingt als Gegensätze verstanden werden; daraus können sich durchaus auch Konvergenzen ergeben. Und diese gilt es zu nutzen: Denkbar wäre beispielsweise eine Rollenverteilung, nach der Frankreich die Rolle des

Ersteingreifenden im Einsatzgebiet übernimmt und Deutschland sich darauf spezialisiert, Stabilisierungskräfte zur Verfügung zu stellen.^{xx}

In jedem Fall muss Frankreich den Deutschen vermitteln, dass die bilaterale Zusammenarbeit mit Großbritannien nicht zu Lasten der deutsch-französischen Beziehungen geht. Gemeinsam sollten Deutschland und Frankreich konkrete Kooperationsprojekte zur Sicherung bzw. Generierung militärischer Einsatzfähigkeiten definieren. Diese wiederum sollten mit den französisch-britischen Vorhaben abgestimmt sein. Darüber hinaus sollten Deutschland und Frankreich das Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der EU nutzen, um auch verstärkt mit anderen Mitgliedstaaten Fähigkeiten zu entwickeln bzw. bereits vorhandene oder geplante Fähigkeiten besser zu koordinieren – als Beispiel sei hier die EU-Battlegroup genannt. Entsprechende Vorschläge könnten von der Deutsch-Französischen Arbeitsgemeinschaft Militärische Zusammenarbeit (AG MilZA) für anschließende politische Beratungen ausgearbeitet werden.

Gelingt die Optimierung der Zusammenarbeit in den beiden zuvor vorgestellten Bereichen, werden auch wichtige Weichen für eine verbesserte Zusammenarbeit in der binationalen Rüstungspolitik geschaffen. Gegenwärtig ist die Rüstungsdebatte zwischen Deutschland und Frankreich von Misstrauen geprägt. So waren Deutschland und Frankreich immer wieder Konkurrenten, etwa mit den Kampffjets Eurofighter und Rafale sowie bei den Fregatten^{xxi}. Darüber hinaus fällt den Regierungen eine Einigung oftmals auch deshalb schwer, weil sie in der Rüstungspolitik nicht zwangsläufig die gleiche Sprache sprechen: Für Frankreich ist Industriepolitik im Rüstungsbereich keine rein industrielle Frage, sondern die Suche nach strategischer Autonomie. Für Deutschland hingegen ist die Industriepolitik im Rüstungsbereich eine vorwiegend industrielle, vor allem exportorientierte Frage und damit eine Frage der Unternehmen.^{xxii}

Würden Deutschland und Frankreich in den zuvor beschriebenen Bereichen zur Tat schreiten, könnten neue Impulse für die GSVP gesetzt werden. Impulse, die notwendig sind, um eine Spaltung in zwei Verteidigungsklassen und eine zunehmende Erosion der GSVP zu vermeiden. Ein erster Schritt ist bereits erfolgt: Auf dem Europäischen Rat im Dezember 2013 haben die Staats- und Regierungschefs sich „nachdrücklich zur weiteren Entwicklung einer wirksamen und glaubwürdigen GSVP“^{xxiii} bekannt und die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, die Verteidigungszusammenarbeit zu vertiefen. Dabei sollen folgende Schwerpunkte gesetzt werden: Erhöhung der Wirksamkeit, der öffentlichen Wahrnehmung und der Wirkung der GSVP, Intensivierung des Capacity Building und Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie. Grundlage hierfür muss jedoch eine gemeinsame Analyse und Beurteilung der Ausgangssituation sowie koordinierte Planung sein. Eine Bewertung „der Auswirkungen der Veränderungen im globalen Umfeld“^{xxiv} und der damit einhergehenden Herausforderungen und Chancen für die EU soll allerdings erst im Laufe des Jahres 2015 erfolgen. Auch ein koordiniertes Vorgehen ist nicht gewährleistet: Die beteiligten Akteure werden lediglich „ersucht [...] in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich entschlossene und nachprüfbar Maßnahmen zu ergreifen“^{xxv}, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Umso entscheidender ist es, dass Deutschland und Frankreich genau eine Führungsrolle übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen. Konkrete Vorschläge haben beide Länder dem Europäischen Rat bereits gemeinsam unterbreitet. Nun gilt es, sie auch gemeinsam umzusetzen.

Die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit – eine marokkanische Perspektive

von Hamza Safouane

Das Integrationsprojekt „Europäische Verteidigung“ befindet sich heute an einem Scheideweg, da es gleich dreifach herausgefordert wird:

- Die drastischen Kürzungen der Verteidigungshaushalte der Mitgliedstaaten wurden individuell, ohne vorherige Absprache und Koordination, getroffen. Dies könnte sich negativ auf die militärische Zusammenarbeit, aber auch auf die gemeinsamen militärischen Kapazitäten der EU auswirken.
- Die US-Regierung ermahnt die EU zu einem stärkeren Engagement im südlichen Mittelmeerraum, da sich die amerikanische Militärpräsenz langsam aber sicher in Richtung des Indischen Ozeans und der Asien-Pazifik-Region umorientiert.
- Der Arabische Frühling führte zu tiefgreifenden geopolitischen Umbrüchen in der direkten Nachbarschaft der EU.

Bisher hat es die EU nicht geschafft, eine gemeinsame Außenpolitik für den südlichen Mittelmeerraum zu formulieren. Die EU muss Mechanismen zur Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik schaffen, die von ihren entsprechenden Streitkräften unterstützt wird. Wenn die EU ein globaler Akteur sein will und in der Lage sein möchte, ihre Interessen in einem im Wandel begriffenen geopolitischen Raum zu verteidigen, muss sie alle Instrumente einer politischen Führungsrolle nutzen, auch wenn dies die militärische Dimension einschließt. Es geht nicht darum, eine Kanonenbootdiplomatie zu befördern, sondern sich mit den Mitteln auszustatten, die es für die Formulierung der Außenpolitik in dieser Region braucht. Diese Außenpolitik benötigt die Unterstützung durch Streitkräfte – und in letzter Instanz, wenn alle anderen Mittel versagen auch den Rückgriff auf diese.

In der Tat ist die EU aktuell nicht von einem bewaffneten Angriff auf ihrem Gebiet bedroht. Die Budgetkürzungen im Verteidigungsbereich scheinen somit sinnvoll. Gleichzeitig möchte sich die EU in einem stabilen und prosperierenden Umfeld entwickeln. Deswegen muss sie die strategischen Antworten auf die strukturellen Umbrüche im Mittelmeerraum finden. Auf den Fall des Eisernen Vorhangs reagierte die EU mit der Osterweiterung, ihre einzige Antwort auf den Arabischen Frühling war jedoch vor allem die Verstärkung der Grenzkontrollen. Auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik nimmt die Migrationsfrage einen zentralen Platz ein und bedingt die Handelsabkommen mit der EU. Das nutzlose Ziel der Externalisierung ihrer Migrationspolitik, das von den südliche Mittelmeerländern unterstützt wird und zu inakzeptablen Tragödien führt, wird es der EU nicht ermöglichen, ihre Einflusszone zu vergrößern und die geopolitische Lage zu beeinflussen.

Eine Lösung gibt es jedoch. Es wurde empirisch nachgewiesen, dass Kooperationsabkommen im Handelsbereich, die eine Klausel zur militärischen Zusammenarbeit beinhalten, zu einem intensiveren Handelsaustausch führen, als bei militärisch nicht gebundenen Staaten.

Rein realistisch gesehen impliziert jedes Handelsabkommen externe Sicherheitsrisiken, die militärisch nicht gebundene Staaten beunruhigen können. Diese entstehen, wenn es für die Wirtschaftspartner keine Garantie gibt, dass die Handelsgewinne nicht zum Ausbau der eigenen Militärkapazitäten genutzt werden, was wiederum zum Nachteil des anderen Partners wäre.

Die EU sieht sich in ihrer Nachbarschaft allerdings mit einer Situation konfrontiert, die durch das Prisma eines externen Sicherheitsrisikos verstanden werden kann. Die nur sehr geringe wirtschaftliche Integration im Maghreb erklärt sich vor allen Dingen durch die Spannungen zwischen Algerien und Marokko. Es wird befürchtet, dass die durch Handelsabkommen erzeugten Gewinne zur Modernisierung und Aufwertung der militärischen Kapazitäten genutzt werden. Diese Befürchtungen sind durchaus legitim, wenn man bedenkt, dass sich Marokko und Algerien seit Jahren in einem Rüstungswetlauf befinden.^{xxvi}

Die EU kann hier eine zentrale Rolle spielen. Als Drittpartei kann sie eine Entspannungspolitik zwischen den beiden Ländern anstoßen, indem sie trilaterale Handelsabkommen aushandelt, die auch den sicherheitspolitischen Bedarf abdecken. Dies könnte gemeinsame militärische Übungen, eine Klausel über die gegenseitige Verteidigung sowie gemeinsame Militäroperationen in Risikozonen umfassen. Das Abkommen würde die Wirtschaftskooperation zwischen der EU, Marokko und Algerien bestärken und gleichzeitig die Sicherheitspolitiken der drei Länder koordinieren, die sich so nicht mehr gegen einen der Partner wenden könnten.^{xxvii}

Auf dem Papier scheint dieses Unternehmen nur schwer realisierbar, es sollte jedoch an den herausragenden politischen Mut der Politiker gedacht werden, die den Grundstein für das gelegt haben, was später zu einem der ausgereiftesten Projekte des Zusammenlebens in der Welt wurde. Die EU erinnert in diesem Hinblick übrigens gerne daran, dass es ein gewisses Maß an törichter Kühnheit bedurfte, um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufzubauen und die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg zu besiegeln. Die EU könnte diesen Erfolg erneuern, indem sie den Maghreb zu ihrem Partner in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen macht und somit einen ersten Schritt in Richtung einer nachhaltigen euro-mediterranen Integration geht.

Isabelle Haß ist Leiterin des Büros des Bundesgeschäftsführers der CDU in Berlin. Pierre Riebeil ist Vorstandsassistent bei der Allianz Versicherungs-AG in München. Hamza Safouane ist Projektmanager bei "The Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development" in Hamburg. Die Texte spiegeln ausschließlich die Meinung der Autoren wieder. Sie sind im Rahmen des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.

ⁱ Dissolution du 110e régiment d'infanterie de Donaueschingen, Pressemitteilung des französischen Verteidigungsministeriums vom 31. Oktober 2013.

ⁱⁱ Verteidigungsminister bedauert Auflösung des französischen 110. Infanterieregimentes, Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums vom 31. Oktober 2013.

ⁱⁱⁱ Frédéric Lemaître: Berlin s'offusque de la dissolution d'une unité de la Brigade franco-allemande, Le Monde, 2.–4. November 2013.

^{iv} Rüdiger Soldt und Michaela Wiegel: Sag' zum Abschied leise au revoir, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2013.

^v Ronja Kempin, Jocelyn Mawdsley, Stefan Steinicke: Entente Cordiale. Eine erste Bilanz französisch-britischer Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, DGAPanalyse Nr. 10, August 2012, S. 3.

^{vi} Dabei kann freilich hinterfragt werden, ob es sich tatsächlich um ein Erfolgsprojekt im Sinne einer erfolgreichen Kooperation handelt. Aufgrund unterschiedlicher Standards bei der Wartung und Instandsetzung der Hubschrauber sind die Strukturen vor Ort in eine französische und eine deutsche Organisation aufgeteilt – eine Zusammenarbeit bzw. ein Austausch findet hier bestenfalls auf Führungsebene statt, nicht aber auf Arbeitsebene.

vii Eine ähnliche Entwicklung lässt sich gegenwärtig in der Handhabung der Syrienkrise beobachten. Nachdem Deutschland und Frankreich nicht innerhalb kürzester Zeit zu einer gemeinsamen Haltung finden konnten, schloss sich Frankreich den Vereinigten Staaten und Großbritannien an. Auch wenn in London eine militärische Intervention aktuell vom Tisch ist und auch in den USA eine solche Lösung heftig umstritten ist, behält Präsident Hollande seine Linie bei. Während manch deutschem Beobachter die französische Vorgehensweise aktionistisch erscheint, interpretieren französische Verantwortliche die deutsche Haltung als Ausdruck einer gewissen Bedenkenträgerei. Vgl. Philippe Ricard: France-Allemagne, deux conceptions de la puissance, *Le Monde*, 17. September 2013.

viii Ronja Kempin: Ohne Sicherheit kein Europa – Berlin und Paris müssen bei der GSVP kooperieren, Kurz gesagt, 31. Oktober 2011.

ix Vgl. Kempin, Mawdsley, Steinicke: Entente Cordiale, a.a.O. (Anm. V), S. 11.

x Vgl. Kempin: Ohne Sicherheit kein Europa, a.a.O. (Anm. VIII).

xi Claire Demesmay, Martin Koopmann, Julien Thorel: Prüfen, straffen, reformieren – Institutionen und Prozesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europapolitik, Genshagener Papiere Nr. 12, Juni 2013, S. 16.

xii Ebd., S. 11.

xiii Général de division Philippe Chalmel: Les enjeux de la coopération franco-allemande de Défense, 11. März 2013 (www.defense.gouv.fr/actualites/articles/les-enjeux-de-la-cooperation-franco-allemande-de-defense).

xiv Ulrich Speck: Erklärt Merkel – Zwei Versuche, die Außenpolitik der Bundeskanzlerin auf den Punkt zu bringen, *Internationale Politik* 4, Juli/August 2013.

xv Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, und Sir Peter Ricketts, Britischer Botschafter in Frankreich (www.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr/la-commission-les-membres.html).

xvi Florian Willershausen: Der Bundestag verliert seine Außenpolitiker, *Wirtschaftswoche*, 9. September 2013.

xvii ASP Margaux Thuriot: Succès et avantages de la coopération franco-allemande (www.defense.gouv.fr/actualites/articles/succes-et-avantages-de-la-cooperation-franco-allemande).

xviii Christian Mölling: Wege aus der europäischen Verteidigungskrise, SWP-Studie, April 2013, S. 8.

xix Ekkehard Brose: Parlamentsarmee und Bündnisfähigkeit, SWP-Studie, September 2013, S. 18. Einen entsprechenden Vorschlag der CDU lehnte die SPD im Rahmen der Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition ab. Majid Sattar: SPD: Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen bleibt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 28. Oktober 2013.

xx Jean-Pierre Maulny: La relation franco-allemande et la défense : un couple en instance de divorce ?, 22. Januar 2013 (www.latribune.fr/opinions/tribunes/20130122trib000744076/la-relation-franco-allemande-et-la-defense-un-couple-en-instance-de-divorce-.html).

xxi Bund kooperiert mit Frankreich bei Rüstung, *Handelsblatt Online*, 14. Juni 2012.

xxii Vgl. Maulny: La relation franco-allemande et la défense, a.a.O. (Anm. XX)

xxiii Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 19./20. Dezember 2013), Nummer 2.

xxiv Ebd., Nummer 9.

xxv Ebd., Nummer 22.

xxvi Mehr Informationen zu dieser Frage können im Bericht des Center for Strategic and International Studies (CSIS), *The North African Military Balance: Force Developments and Regional Challenges*, Dezember 2010, abgerufen werden.

xxvii Ein Bündnis, das nur auf einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit basieren und die wirtschaftspolitische Dimension ausschließen würde, wäre zum Scheitern verurteilt. Vgl. hierzu den Bericht des Büros zur Koordinierung des Counter-Terrorism des amerikanischen Außenministeriums *Country Reports on Terrorism 2010* vom 18. August 2011: „(...) While Morocco and Algeria are members of the Trans-Sahara Counterterrorism Partnership, the level of

bilateral cooperation on counterterrorism between the two countries did not improve. Morocco was specifically excluded from the Algerian-led Combined Operational Committee (CEMOC), formed at Tamanrasset, Algeria. Algeria and Morocco's political disagreement over the Western Sahara territory remained an impediment to deeper counterterrorism cooperation.“